

# Statement der IG Metall Heidenheim zur Bundestagswahl und dem Programm der AfD



Die IG Metall ist parteipolitisch unabhängig. Sie ist aber gerade dann nicht politisch neutral, wenn Parteien den Beschäftigten, Wählerinnen und Wählern eine soziale Politik vorgaukeln und in Wirklichkeit eine Politik gegen die Menschen in unserem Land verfolgen. Aus diesem Grunde sehen wir es als unsere Aufgabe, uns mit den Positionen der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) auseinanderzusetzen. Unsere Mitglieder sollen wissen, welches Politik-, Gesellschafts- und Menschenbild hinter der AfD steckt.

**In Zeiten großer politischer Unsicherheit in Deutschland und der Welt verspricht die so genannte "Alternative für Deutschland" (AfD) einfache Lösungen.** Sie nutzt geschickt die Unsicherheit der Bevölkerung in der Flüchtlingssituation, schürt Ängste gegen das Fremde und hetzt gegen die "da oben" – gegen Regierungen, Parteien, Medien, Gewerkschaften und Kirchen. Als vermeintliche Partei für die "kleinen Leute" versucht die AfD Wählerstimmen zu gewinnen. In Wirklichkeit fordert die Partei in ihren Programmen, Reiche und Unternehmen zu entlasten, Sozialleistungen zu kürzen und verfolgt ein Gesellschaftsbild der 50er-Jahre.

Ja, wir haben Probleme in unserem Land: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Leiharbeit und Befristungen nehmen zu, Arbeit wird immer unsicherer. Sozialleistungen werden gekürzt und die Rentenentwicklung hält nicht mit der Lohnentwicklung mit. Managergehälter steigen wesentlich stärker als die Einkommen der Normalbeschäftigten.

Aber, die sozialen Probleme in unserem Land löst man nicht mit Hetze gegen "die anderen" und nicht mit einer neoliberalen und rechtspopulistischen Politik gegen Teile der Gesellschaft. Deswegen distanzieren wir uns klar von der AfD und ihrer Politik.

**Das Programm der AfD ist trotz den sozialpolitischen Ausschnitten wirtschaftsliberal ausgerichtet und wendet sich gegen die Interessen der Beschäftigten. Diese Politik führt zu:**

## **Schlechter Arbeit**

Die AfD tritt für eine Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie fordert, den Arbeitsmarkt von "Bürokratie" zu befreien. Die betrieblichen Arbeits- und Sicherheitsbestimmungen sollen vereinfacht werden. Mitbestimmung im Betrieb, Betriebsräte und die Rechte der Gewerkschaften kommen im Wahlprogramm der AfD nicht vor. Arbeitsschutzrechte sind aber keine überflüssige Bürokratie, sondern angesichts zunehmend prekärer Arbeit immer notwendiger.

## **Weniger Rente**

Die AfD will kein festes Renteneintrittsalter, was dazu führt, dass sich das Renteneintrittsalter für viele Beschäftigte erhöht. Faktisch bedeutet das Rentenkürzungen für viele. Trotz der schlechten Erfahrungen aus der Finanzkrise hält die AfD an der neoliberalen Umgestaltung des Rentensystems fest und will Elemente der kapitalgedeckten Vorsorge einbauen. Sprich: Beschäftigte sollen selbst mehr vorsorgen.

## **Weniger sozialer Gerechtigkeit**

Pünktlich zur Bundestagswahl bezieht die AfD in einigen Punkten erstmals Stellung zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Nicht zufällig ähneln einige Positionen den Forderungen der IG Metall, z.B. bekennt sich die AfD nun zum Mindestlohn und der Begrenzung auf 15% Leiharbeit. Hintergrund ist aber nicht ein sozialpolitischer Sinneswandel der AfD hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sondern wahltaktische Gründe. Die AfD wendet sich laut einem internen Strategiepapier nur deshalb der Arbeits- und

Sozialpolitik zu, um damit weitere Wählergruppen anzusprechen. Wir bezweifeln, dass es der AfD mit den Forderungen ernst ist, beißen sich diese mit dem wirtschaftsliberalen Kurs, der sonst im Wahlprogramm vorherrscht.

### **Politik für Reiche, nicht für den „kleinen Mann“**

Die AfD fordert Steuersätze zu vereinfachen und zu senken. Erbschaft- und Vermögensteuer lehnt sie sogar mit der Begründung ab, die Übergabe von Vermögen sei Privatangelegenheit. Von Sozialpflichtigkeit des Eigentums findet sich keine Spur. Das hilft Gutverdienenden, nimmt aber dem Staat wichtige Einnahmen für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, wie Straßen oder Brücken. Genauso leiden Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Schulen, Kindergärten etc. - Leistungen also, die allen zu Gute kommen.

### **Mehr Umweltverschmutzungen**

Die AfD will die Energiewende stoppen. CO2 sei sogar nützlich. Die AfD will zurück in ein Land, in dem die Atomkraftwerke laufen. Die AfD ist gegen die Windkraft.

### **Rückständiger Gesellschaftspolitik**

Die AfD vertritt eine Familienpolitik, die Frauen wieder am Herd sehen will und Selbstbestimmung in der privaten Lebensführung zurückdreht. Das erkennt man daran, dass die AfD nicht nur am Ehegattensplitting festhalten will, das zumeist Frauen davon abhält, eigene berufliche Ziele zu verfolgen und stattdessen Teilzeit oder anderweitig prekäre Arbeitsmodelle fördert. Die Familienpolitik ist zudem stark an bevölkerungspolitischen Inhalten ausgerichtet. Mit verschiedenen Maßnahmen will die AfD die Geburtenrate erhöhen, z.B. sollen arbeitslose Mütter und Väter länger Arbeitslosengeld beziehen. Schwangerschaftsabbrüche lehnt sie hingegen ab.

### **Die AfD hat nicht die Zukunft im Blick, sondern lebt im Gestern**

Wer in ihrem Wahlprogramm Antworten auf die Frage sucht, wie sich eine soziale, gerechte und selbstbestimmte Arbeitswelt und Gesellschaft von morgen gestalten lässt, wird nicht fündig.

### **Soziale Gerechtigkeit muss gestaltet werden, immer wieder und nicht nur am Wahltag**

Deshalb: Wählt eine demokratische Partei, die sich klar für die Rechte der Beschäftigten und für eine soziale Gesellschaft ausspricht! Unser Wahlrecht und unsere Demokratie sind zu wichtig, um Protest zu wählen oder gar nicht wählen zu gehen.

## **Wählen gehen ist wie Zähneputzen:**

## **Wenn man's nicht macht, wird's braun**

